

30. SEP



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0886890

P/XV/224 - 30. September 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>Etatrede als Wahlgeschenk</u> Von H.G. Ritzel, MdB	53
2	<u>Macmillans grosser Versuch</u> Die UNO-Rede des britischen Premiers	44
3 - 4	<u>Vorschau auf Scarborough</u> Parteitag der Labour Party Von Heinz Putzrath	89
5* - 6	<u>Niedersachsen geht mit der Zeit</u> Schwerpunkte im Landeshaushaltsplan	68
7	<u>Glosse:</u> <u>Gegensatz Rasner - Adenauer</u> Wahlkampf im Parlament - oder besser nicht?	32

* * *
* * *

Etatrede als Wahlgeschenk

Von H.G. Ritzel, MdB

Die zweistündigen Ausführungen des Bundesfinanzministers Etzel brachten seiner Partei das Wahlgeschenk einer Rede. Den Vorwurf der verspäteten Vorlage an den Bundesrat versuchte Etzel mit formaljuristischen Ausführungen zu widerlegen. Sachlich blieb er im Unrecht. Die Rede war ein einseitiger Lobgesang auf die Leistungen dervon der CDU gestellten Regierung. Von der konstruktiven Mitarbeit der Sozialdemokraten in allen Fragen der Haushaltsgestaltung nahm der Finanzminister mit keinem Wort Notiz. Mit keinem Wort seiner Rede fand er eine Anerkennung der Leistungen unseres Volkes in den schweren Nachkriegsjahren. Alles, was erreicht wurde, ist ein Verdienst der Bundesregierung und der CDU - das war die Tendenz einer Rede, die weniger der Einführung in den Haushalt und seiner Begründung als der Rechtfertigung der Parteipolitik der CDU galt.

Der Bundesfinanzminister versuchte erneut, wenn auch nicht mehr so sehr wie bisher, die Sozialausgaben als den den Verteidigungshaushalt übersteigenden Block darzustellen. Immerhin begann er zwischen Sozialausgaben im engeren und weiteren Sinne zu unterscheiden.

Bei der Darstellung der Schuldenpolitik der Bundesregierung vergass Bundesfinanzminister Etzel zwei Kleinigkeiten: einmal die Tatsache, dass die für 1961 geplante Neudeckung von 1,5 Mrd. DM der Ausgabereise im Bereich des Verteidigungsministeriums mit nicht weniger als 638 Mio DM durch Schuldaufnahme im ausserordentlichen Haushalt finanziert werden sollen, er vergass weiter bei seiner vergleichenden Betrachtung über die Finanzlage des Bundes, der Länder und der Gemeinden die Tatsache zu erwähnen, dass nicht zuletzt durch den fehlenden Finanzausgleich, der zugunsten der Gemeinden seit einem Jahrzehnt fällig ist und nicht erfolgt, eine Verschuldung der Gemeinden in einem weit höheren Ausmaß eintreten musste, als sie beim Bund einzutreten brauchte. Der Minister vergass auch noch einige andere Kleinigkeiten, so die Belastung nicht militärischer Haushalte zugunsten von Ausgaben militärischen Charakters.

Der Bundesfinanzminister versicherte, dass der Haushalt, so wie ihn die Regierung Adenauer entworfen hat, keine Wahlgeschenke enthalte. Dabei pfeifen es die Spatzen von den Dächern, dass die Verzögerung in der Einbringung des Haushalts auf sehr bestimmte Forderungen des Bundeskanzlers zurückzuführen ist, die mindestens zum Teil des Charakters von Wahlgeschenken nicht entbehren. Dabei weisse sicherlich der Bundesfinanzminister hierüber selbst am besten Bescheid.

In seinem angeschlossenen Überblick über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft versuchte der Bundesfinanzminister den Nachweis zu erbringen, dass alles bestens geordnet sei. Die positiven Leistungen der sozialdemokratischen Opposition wurden in den Ergebnissen ebenso bedenkenlos der Regierungspolitik zugerechnet, wie es unterlassen wurde, die grossen offenen Probleme zu erwähnen, die auf sozial-, kommunal- und wirtschaftspolitischen Gebiet der Lösung harren. Vieldeutig und erschreckend war die Ausserung über die nach Auffassung des Ministers fehlende Möglichkeit einer Einwirkung auf die Ausgabebearbeitung der Länder und Gemeinden, sie war ebenso erschreckend wie die Gleichmacherei hinsichtlich der Gemeindefinanzen, die der Realität, besonders im Blick auf die kleinen Gemeinden und armen Landkreise in keiner Weise gerecht wurde.

Die kommende Debatte und die Haushaltsberatung im einzelnen wird diese Realität aufzeigen und das Bild, das Herr Etzel entwickelte, nicht unwesentlich korrigieren.

+ + +

- 2 -

Macmillans grosser Versuch

Die UNO-Rede des britischen Premiers

sp - Es ist gut, dass Grossbritanniens Premier Macmillan in der UNO-Vollversammlung unmissverständlich und mit sachlichen Argumenten darauf hingewiesen hat, wie wenig dem Frieden gedient ist, wenn sich ein Staat über internationale Vereinbarungen hinwegsetzt. Dass der stets zur Vermittlung bereite britische Staatsmann mit diesen Bemerkungen starken Eindruck bei den Vertretern der neutralen Staaten hinterliess, ist bedeutsam und wird bei der weiteren Entwicklung der grossen internationalen Auseinandersetzungen sicher nicht ohne Konsequenzen bleiben. Für uns Deutsche besonders erfreulich ist jedoch die Tatsache, dass Macmillan die Hetzkampagne der Ostblockstaaten gegen die Bundesrepublik zurückgewiesen hat.

Ebenso bedeutsam ist jedoch auch das sichtbare Bemühen Macmillans, die Tür zwischen Ost und West offenzuhalten. Dies kam besonders in dem Satz zum Ausdruck, mit dem der britische Premier diejenigen Politiker und Staatsmänner in die Schranken verwies, die die Aufspaltung der Welt in Machtblöcke als "unvermeidbar und unüberbrückbar akzeptieren". Hiermit hat Macmillan ohne Zweifel den Einfluss der Gruppe neutraler Staaten in der UNO stärken wollen, die - wie z.B. Nehru, Tito und Nasser - gerade jetzt eifrig bemüht sind, die von West und Ost inzwischen auf den Tisch des Hauses gelegten Abrüstungsvorschläge so behandeln zu lassen, dass man endlich über widersprechende Deklamationen hinauskommt.

Macmillans Versuch, die Abrüstungsdebatte mit konkreten Vorschlägen neu zu beleben, ist ganz deutlich. Auch seine Art, das gescheiterte Pariser Gipfeltreffen nur am Rande zu erwähnen, aber gleichzeitig die Atmosphäre für ein neues Gipfeltreffen vorzubereiten, lässt auf eine weitgehende Planung der britischen Politik im Ost-West-Gegensatz schliessen.

Es ist allgemein aufgefallen, dass Macmillan das Berlin-Problem kaum angesprochen hat, sondern sich viel stärker auf die Deutschlandfrage konzentriert hat. Daraus darf geschlossen werden, dass Macmillan bemüht bleibt, zum Ausgangspunkt der Behandlung des Berlin-Problems nach dem Chruschtschow-Ultimatum vom November 1958 zurückzukehren. Damals waren die Westmächte gemeinsam mit der Bundesrepublik und dem Berliner Senat der Meinung, man dürfe die Berlin-Frage nicht isoliert erörtern, sondern müsse sie in den Rahmen der grossen internationalen Diskussion über das Deutschlandproblem und das Problem der europäischen Sicherheit stellen. Ob Macmillan versucht hat, Chruschtschow diesen Gedanken näherzubringen, um damit wieder Voraussetzungen für Verhandlungen zu schaffen, die etwa dem Ergebnis der vorjährigen Aussenministerkonferenz in Genf entsprechen, wird man wohl bald erfahren.

Die Rede Macmillans kann unter diesen Umständen als der Versuch bezeichnet werden, die grossen Redeschlachten von New York umzuleiten auf die Gleise von diplomatischen Verhandlungen mit konkreten Vorschlägen vor allem in der Abrüstungsfrage.

Vorschau auf Scarborough

H.P. - Der Parteitag der Labour Party, der am Montag in Scarborough beginnt, wird diesmal von besonderer Bedeutung sein. Jede Wahl Niederlage bewirkt in den Reihen der besiegten Partei ein gewisses Maß an Enttäuschung und Verwirrung. Die Labour Party mußte drei Niederlagen hintereinander erleiden. Naturgemäß beginnt nach jeder Wahl Niederlage die Frage nach dem Warum.

Die Erörterung dieser Probleme in der Labour Party wird durch eine Reihe von Strukturschwierigkeiten erschwert. Zunächst gibt es in der Labour Party nicht nur individuelle, sondern auch kollektive Mitgliedschaft. Zu den 1 Million Einzelmitgliedern der Labour Party kommen etwa 5,4 Millionen durch die den Gewerkschaften angeschlossenen Mitgliedern. Ein anderes Problem ist die Beschlußfassung über Parteipolitik im allgemeinen. Es gibt den Parteitag, den Vorstand und die Parlamentsfraktion. Der Parteitag bestimmt die Richtlinien der Politik. Der Vorstand hat die Aufgabe diese Richtlinien durchzuführen. Darüber hinaus können der Gewerkschaftsbund und einzelne der Gewerkschaften als unabhängige Körperschaften das beschließen, was sie für richtig halten, obwohl sie in der Spitze der Labour Party zusammengeschlossen sind. Wenn man jetzt noch auf die traditionsgebundenen Formen der Abstimmungsprozedur bei Parteitagen zu sprechen kommt, wo die Stimmenblöcke der Gewerkschaften praktisch in jedem Fall die Meinung der Einzelmitglieder und ihrer örtlichen Parteien majorisieren können, wird deutlich, wie schwierig es ist, dieses Instrument der Parteimaschinerie zu handhaben.

Die Gewerkschaften haben in den letzten Monaten die Politik bestimmt, die ihre Sprecher auf den Parteitag vertreten sollen. Der Gewerkschaftsbund selbst hat auf seiner kürzlich stattgefundenen Konferenz zu den zur Diskussion stehenden Fragen eine klare Stellungnahme verrieten. Die Fragen müssen also jetzt auf dem Parteitag zur Entscheidung kommen.

Dabei geht es um drei Hauptprobleme. Eine der Fragen betrifft die künftige Verteidigungspolitik der Labour Party. Maßgebende Gewerkschaften unter Führung des Vorsitzenden der britischen Transportarbeiter, Frank Cousins, sind der Meinung, dass Großbritannien aus finanziellen, moralischen und geografischen Gründen nicht in der Lage ist, sich an einer nuklearen Abschreckungspolitik zu beteiligen und sie plädieren daher für eine einseitige Abrüstungsmaßnahme Großbritanniens. Ihnen gegenüber versucht ein großer Teil der Parlamentsfraktion und andere Gewerkschaften unter Führung von Hugh Gaitskell zu beweisen, daß derartige einseitige Maßnahmen weder die Abrüstung fördern, noch der Partei die notwendige Resonanz in der Wählerschaft geben können, die die Labour Party braucht, um wieder eine Chance bei zukünftigen Wahlen zu haben. Wer die Wähler nicht von der Bereitschaft zu überzeugen weiss, das Land zu verteidigen, muß mit einer erneuten Wahl Niederlage rechnen.

Ebenso hart umstritten ist die Frage der zukünftigen Wirtschaftspolitik. Die neuen Bedingungen der Industriegesellschaft erfordern nach der Meinung Gaitskells eine Neuorientierung der Partei. Er verlangt daher, daß man die Sozialisierung oder Nationalisierung bestimmter Industrien nicht unter dem doktrinären Gesichtspunkt der Vergangenheit betrachte, sondern nach ihrer Zweckmäßigkeit für die Gesamtwirtschaft. Seine Gegner behaupten, dass allein das Abgehen von der Forderung nach Nationalisierung ein Verrat an Sozialismus sei, wobei sie einfach Sozialismus und Nationalisierung gleichsetzen. Wie diese beiden Fragen entschieden werden, ist noch völlig offen.

Das dritte Problem ist das Verhältnis der Gesamtpartei zur Parlamentsfraktion. Die Labour Party wurde um die Jahrhundertwende gegründet, um Abgeordnete ins Parlament zu entsenden. Es war natürlich, dass die Mitglieder und der Vorstand, in dem nur wenige Abgeordnete saßen, darauf bestanden, daß die Abgeordneten der Labour Party den "Weisungen" des Parteitag folgen müssen. Jemehr Abgeordnete die Labour Party ins Parlament entsenden konnte, umso schwieriger war es, den verschiedenartigsten Weisungen zu folgen. Immerhin tritt der Parteitag nur einmal im Jahr zusammen, während die Abgeordneten den Zeitfaktor, Parlaments-tradition und andere taktische Überlegungen zu berücksichtigen haben. Abgesehen davon ist der Abgeordnete nicht nur seiner Partei, sondern allen seinen Wählern verantwortlich. So beschloß man schon vor dem ersten Weltkrieg, daß die Weisungen, die der Parteitag der Parlamentsfraktion gibt, in der Sinne zu verstehen sind, "daß der Zeitpunkt und die Methoden, diese Weisungen wirksam werden zu lassen, der Parlamentsfraktion in Verbindung mit dem Vorstand überlassen werden".

Das ist auch heute noch die offizielle Grundlage des Verhältnisses zwischen Gesamtpartei und Fraktion, auch wenn in der Zwischenzeit viele vergebliche Versuche gemacht wurden, dieses Verhältnis in der einen oder anderen Weise zu verändern. Tatsächlich ist auch eine andere Haltung gar nicht denkbar, denn eine zufriedenstellende Regelung zwischen den verschiedenen Teilen der Arbeiterbewegung kann nur auf gegenseitigem Vertrauen beruhen.

Sollte sich herausstellen, daß sich auf dem jetzt stattfindenden Parteitag, der Vorstand durch die Delegierten eine Niederlage erleidet, dann wird auch die Parlamentsfraktion unter Führung Gaitskells nichts gegen die vom Parteitag beschlossenen Richtlinien machen können. Wenn man es nicht auf eine Zerreissprobe in der Labour Party ankommen lassen will, wird man sich einigen müssen oder der britischen Arbeiterbewegung auf lange Zeit hinaus den Weg zur Regierung versperren.

Niedersachsen geht mit der Zeit

D.G. - Hannover

Das Zonengrenzland Niedersachsen hat in diesen Tagen seinen Parlament einen 3,45 Mrd. DM umfassenden Landeshaushaltsplan für 1961 vorgelegt, der unter verschiedenen Gesichtspunkten der Beachtung Wert ist. Er zeigt vor allem eine fortschreitende Konsolidierung der Finanzen des Landes bei einem weiteren Ausbau der grossen Vorhaben der Landesregierung. Der von den drei Koalitionsparteien, SPD, RHE und FDP getragenen Politik ist es gelungen, die Position des Landes im Verhältnis zu den anderen Bundesländern nicht unwesentlich zu verbessern, insbesondere was das Aufkommen an Landessteuern anlangt. Das Land hat eine weitere Direktverschuldung vermieden und hat seine Ausgaben nicht durch Kredite, sondern durch ordentliche Steuereinnahmen abgedeckt.

Die Ausgaben des neuen Haushaltsplanes sind von wenigen Schwerpunkten markiert: dem Personalausgaben, wirtschaftlichen Strukturverbesserungen, Verkehrsbauten, dem Wohnungsbau und nicht zuletzt einem ausgedehnten Wissenschafts- und Schulprogramm. Von den über 1 200 neuen Personalstellen entfallen die meisten auf Fachpersonal, wie etwa 342 Lehrer, 238 Professoren und wissenschaftliche Hilfskräfte, 226 Landespolizeibeamte vornehmlich zum Zwecke verstärkter Verkehrsüberwachung und rund 100 neue Stellen im Gesundheitsdienst. Unter dem Beifall des Parlamentes konnte daher Finanzminister Akrens feststellen, dass neue Stellen fast ausschließlich für Fachpersonal benötigt werden, während 250 Stellen durch Rationalisierung in der Landesverwaltung eingespart werden konnten.

Im finanzschwachen Niedersachsen ist der Wohnungsbau ein besonders beachtenswertes Kapitel, das die schönfärberischen Darlegungen des Bundeswohnungsbauministers widerlegt. In diesem Zonengrenzland betrug 1959 das Wohnungsdefizit noch rund 300 000 Wohnungen und wird 1961 sicher immer noch mehr als 200 000 Wohnungen betragen. Die immer stärker auftretenden Schwierigkeiten bei der Wohnbaufinanzierung sind vor allem darauf zurückzuführen, dass der Bund seine Mittel für den sozialen Wohnungsbau von Jahr zu Jahr kürzt, während die Aufwendungen der Länder für die Wohnungsbauprämien steigen. Der sogenannte Lückeplan wird für Niedersachsen und wegen der Miet- und Lastenbeihilfen zu einer finanziellen Belastung führen, deren Ausmass zur Zeit noch gar nicht überschauen

werden kann. Die Landesregierung hat auf jeden Fall den Betrag von einer Million DM bereitgehalten, um die Auswirkungen dieses umstrittenen Bonner Gesetzes abzufangen. Die Last der Finanzierung wird also immer mehr auf die Schultern der Länder gelegt. So musste Niedersachsen allein die Landesmittel für Wohnungsbaudarlehen um 25 auf 72,5 Millionen DM erhöhen. Zuschüsse für Zinsverbilligungen wurden um 13 auf rund 60 Millionen DM gesteigert, so daß mit den im Haushaltsplan ausgebrachten Mitteln für den allgemeinen sozialen Wohnungsbau rund 312 Millionen DM mobilisiert werden können.

Noch gewaltiger sind die Anstregungen des Landes auf dem Gebiete der Schulpolitik. Durch die Einführung des 9. Schuljahres wird das Land in den nächsten Jahren 1 900 neue Lehrkräfte mit einem Besoldungsaufwand von fast 25 Millionen DM benötigen. Die Gesamtkosten für den zusätzlichen Raumbedarf belaufen sich auf 90 Millionen DM. Hierfür wird das Land das sogenannte Schulbau-Drittel und Beihilfen an finanzschwache Schulträger mit etwa einem Drittel, also 30 Millionen DM, aufzubringen haben. Da die Landesregierung ausserdem 42 Millionen DM aus den Dividenden des Volkswagenwerkes der Jahre 1955 bis 1959 für Zwecke des 9. Schuljahres bereitgestellt hat, sind die Leistungen des Landes für die Durchführung des 9. Schuljahres nunmehr gesichert. In den letzten sechs Jahren hat Niedersachsen für Schulbauten mehr als 206 Millionen DM ausgegeben. Es liegt mit dieser einmaligen Leistung hinter dem finanzstarken Nordrhein-Westfalen an zweiter Stelle unter den anderen Bundesländern! Wenn man ferner bedenkt, dass das Land seit 1949 die Zahl der Lehrstühle von 257 auf 340 erhöht und das übrige Personal der wissenschaftlichen Hochschulen um 131/2 auf 3 837 verstärkt hat, so wird dieser Aufwand kaum überboten werden können. Die Früchte so zielbewusster Schulpolitik kann das Land zum Teil schon ernten: während die Zahl der Studenten je Lehrstuhl im Bundesdurchschnitt 63,5 beträgt, kann sich Niedersachsen eines Satzes von nur 50 Studenten je Lehrstuhl rühmen. Die vom Lande ins Leben gerufene "Stiftung Volkswagenwerk" zur Förderung von Wissenschaft und Technik wird der niedersächsischen Kulturpolitik bald weitere Impulse geben.

Gegensatz Rasner - Adenauer

W.J. "Das ist anders bei uns als bei der SPD ... Wir, die CDU/CSU haben die Absicht, ein weiteres halbes Jahr diesen Winter über solide, nüchterne, gesetzgeberische Arbeit zu leisten und denken also mit dem eigentlichen Wahlkampf frühestens im Frühjahr zu beginnen. Wir hoffen, dass der Wahlkampf unter allen Umständen aus dem Plenum des Bundestages herausgehalten werden kann".

So sprach der parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Will Rasner am vergangenen Samstag im Süddeutschen Rundfunk. Wobei zu bemerken ist, dass Herr Rasner, wenn er wollte, gerade in diesem Punkt "Gemeinsamkeit" feststellen könnte. Gemeinsamkeit wohl gemerkt mit der SPD, nicht mit dem Parteivorsitzenden der CDU/CSU. Denn drei Tage nach den besonnenen Worten des Herrn Rasner hielt der Kanzler eine vollendete Wahlrede vor der CDU-Fraktion, deren Tenor und Inhalt in schroffem Gegensatz zu Rasners wohlgemeinten Absichten stehen. Kommentierte salopp aber zutreffend die durchaus kanzlerfreundliche Frankfurter Abendpost: Der Kanzler sei schneller als Armin Hary in den Wahlkampf gespurtet.

Dass ausgerechnet Herrn Rasner die Aufgabe zufiel, die Presse über des Kanzlers Wahlstart in der Bundestagsfraktion der CDU/CSU zu unterrichten, ist unter diesen Umständen eine besondere Pikanterie. Wie mag es in ihm ausgesehen haben, da er so gegen alle seine eigenen Überzeugungen den Marschbefehl des Kanzlers an die Fraktion bekanntgeben musste, während er selbst doch so gern bis zum Wahltag nüchterne und sachliche Gesetzesarbeit geleistet hätte. Und wie muss ihm zumute gewesen sein, als er einen Tag später verzweifelt aber vergeblich versuchte, das nass gewordene Wahlkampf-Pulver seines Parteifreundes Schröder wieder zu trocknen und die Parole "SPD gefährdet durch Notstands-Ablehnung unsere Sicherheit" vor dem ehrlichen Angebot der SPD auf Fortsetzung der interfraktionellen Beratungen zu retten.

Es wird ihm schwer angekommen sein. Aber er hat es sich nicht merken lassen. Denn zum Unterschied von anderen Mitgliedern seiner Partei kann man von ihm mit voller Überzeugung sagen: Rasner ist kein Frondeur.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel